

## Gruß aus Oberlößnitz

Die letztlich sicher segensreiche, aber unter recht unschönen Umständen erfolgte Vereinigung von Kötzschenbroda mit Radebeul 1935, Thema des vorigen Beitrags, hatte eine lange Vorgeschichte und ein kurzes Vorspiel, um das es diesmal gehen soll. 1932 kündigte der langjährige Oberlößnitzer Gemeindevorstand Bruno Hörning an, Mitte 1933 in den Ruhestand treten zu wollen, und auch der ehrenamtliche Bürgermeister von Wahnsdorf, Ludolf Büsig, erklärte vor seiner Wiederwahl, nicht mehr für eine

volle Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Dass sich schon daraus eine günstige Konstellation für die Anbahnung einer Vereinigung der drei östlichen Lößnitzgemeinden ergab, spielte nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten und der anschließenden »Gleichschaltung« aller Bereiche des öffentlichen Lebens im ersten Halbjahr 1933 keine ausschlaggebende Rolle mehr. Im traditionell vereinigungskritisch eingestellten Oberlößnitz, wo die NSDAP seit November 1932 die stärkste Gemeinderatsfraktion stellte, wurde zunächst im Juni 1933 ohne nähere Begründung auf die Neuwahl eines Bürgermeisters verzichtet. Der Rat der Stadt Radebeul, deren Verwaltung seit 1. Juli 1933 vom NSDAP-Ortsgruppenleiter und neuen Bürgermeister Heinrich Severit geführt wurde, nahm dann am 23. November Kenntnis von einer Denkschrift, die die »Zusammenlegung der Gemeinden Oberlößnitz und Wahnsdorf mit Radebeul« als sofort anzugehende »zwingende Notwendigkeit« darstellte.

Am 8. Dezember 1933 wurden die NS-Stadt- und Gemeindevorordnetenfraktionen von Radebeul, Oberlößnitz und Wahnsdorf zu einer gemeinsamen Besprechung in die Grundschanke zitiert. Dort erklärte Bürgermeister Severit, dass er vom Innenministerium mit der »Aufrollung des Zusammenschlusses« beauftragt worden wäre, und ein Vertreter der NSDAP-Kreisleitung brachte »zum Ausdruck, dass wohl kein Zweifel darüber bestehen dürfe, dass nach den nationalsozialistischen Grundsätzen kein Verhandeln erforderlich sei«. Für den 12. Dezember wurden die Abstimmungen in den Verordnetenorgans angesetzt, die erwartungsgemäß ausfielen. Allerdings stimmten in Oberlößnitz und Wahnsdorf alle noch verbliebenen Nicht-Parteigenossen unter den Gemeindevorordneten gegen den Zusammenschluss, und in beiden Orten kam schnell die zur Herbeiführung einer Bürgerabstimmung über die Vereinigung nach § 132 der geltenden sächsischen Gemeindeordnung erforderliche Zahl von Unterschriften zusammen. Die Anwendung

dieses erst 1923 eingeführten Instruments der direkten Demokratie widerstrebt dem Radebeuler Bürgermeister zutiefst, »denn es müssten in aller Öffentlichkeit Auseinandersetzungen mit

den Gegnern des Zusammenschlusses stattfinden, die im Interesse der gedeihlichen Zusammenarbeit [...] vermieden werden möchten.« In einem Schreiben an das Ministerium des Innern vom 2. Januar 1934 regte Severit deshalb

unter Verweis auf entsprechende, ihm persönlich gemachte Zusagen des »Reichsstatthalters« Mutschmann und des Ministerpräsidenten v. Killinger die »schleunigste Streichungen des § 132« an, der »mit nationalsozialistischen Gedanken gänzlich schlechterdings nicht in Einklang



zu bringen ist.« Faktisch wurde der Versuch, »eine von den Trägern der Partei für notwendig erachtete und von den übergeordneten Parteiinstanzen außerordentlich gebilligte Entwicklung mit veralteten parlamentarischen Mitteln zu stören« (Severit), dann einfach unter den Teppich gekehrt. Schon lange bevor die Vereinbarung über die Vereinigung zum 1. April 1934 nach abschließender Billigung durch die gleichgeschalteten Gremien – nur im Oberlößnitzer Gemeinderat gab es noch zwei Gegenstimmen – unterzeichnet wurde, forderte die Radebeuler Stadtverwaltung, wo wegen der Entlassung politisch missliebiger Beamter Personalnot herrschte, mehrere Oberlößnitzer Verwaltungskräfte »zur Dienstleistung« an. (»Die Besoldung hat durch die Gemeindevorwaltung Oberlößnitz zu erfolgen.«)

Am 11. April wurde die Vereinigung zur »Stadt der 17000« – nach dem Stand vom 16. Juni 1933 hatten Radebeul, Oberlößnitz und Wahnsdorf zusammen lediglich 15926 Einwohner gehabt – in Anwesenheit des Innenministers mit einer »wichtigen Kundgebung« auf dem Oberlößnitzer Adolf-Hitler-Platz gefeiert. Auch der Kötzschenbrodaer Bürgermeister Dr. Brunner sandte dazu »freundnachbarliche Grüße und herzliche Glückwünsche« und gab seiner Hoffnung Ausdruck, »dass zwischen den beiden Lößnitzstädten für alle Zukunft ein angenehmes und von Gemeinschaftssinn getragenes Zusammenarbeiten bestehen möge.« Schon bei der feierlichen Schlussitzung des Oberlößnitzer Gemeinderates am 31. März in der Hoflößnitz hatte sein Radebeuler Amtskollege allerdings verkündet: »Der Zusammenschluss Radebeul, Oberlößnitz, Wahnsdorf ist [...] nichts anderes als ein Vorgebilde für den Gesamtzusammenschluss der ganzen Lößnitz.«

Frank Andert